

Was hat der Koalitionsgipfel am 4. November 2012 für die Rentner gebracht?

Die Bekämpfung der Altersarmut war unbestritten das einzig wirklich wichtige Thema, das auf dem Koalitionsgipfel auf der Tagesordnung stand. Mit Recht, denn wir steuern sehenden Auges einer gesellschaftlichen Katastrophe entgegen. Es ist heute bereits deutlich absehbar, dass in 20 bis 30 Jahren große Teile der älteren Bevölkerung in Armut leben wird, weil viele Arbeitnehmer heute Niedriglöhne bekommen und es millionenhaft unterbrochene Erwerbsbiographien gibt –bei Frauen, aber auch bei Männern.

Vor diesem Hintergrund lohnt ein kritischer Blick auf die Ergebnisse des Koalitionsgipfels.

Die Meinungen hierüber gehen weit auseinander.

Als Bundesministerin für Arbeit und Soziales lobt Ursula von der Leyen natürlich die Beschlüsse des Koalitionsgipfels und nennt sie einen großen Fortschritt zur Absicherung von Geringverdienern. Es heißt, man habe besonders an die Frauen gedacht, die Kinder erzogen oder Ältere gepflegt haben.<sup>i</sup>

Die Sozialverbände SoVD und VdK dagegen nennen die Renten-Beschlüsse schlicht und einfach „untauglich“ im Kampf gegen Altersarmut. Die Gewerkschaften werden schon deutlicher und sprechen von blanken Zynismus: Wie kann man eine minimale Aufstockung von Armutsrenten als Lebensleistungsrente bezeichnen.<sup>ii</sup>

Die Versicherungswirtschaft auf der anderen Seite zeigt sich zufrieden. Nicht so der Bund der Versicherten. Diese Vertretung der Versicherten ist eher empört: Gleich zwei Maßnahmen würden die private Assekuranz zu den heimlichen Gewinnern des Koalitionsgipfels machen: Die neue Lebensleistungsrente und auch das Betreuungsgeld.<sup>iii</sup>

Angesichts der Bandbreite unterschiedlicher Meinungen stellt sich die Frage, was ist nun tatsächlich auf dem Koalitionsgipfel beschlossen worden und was steckt hinter dieser Lebensleistungsrente.

Kurz und knapp gefasst, lautet die Antwort: Renten unter Sozialhilfenebene sollen künftig unter bestimmtem Umständen um 10 bis 15 Euro aufgestockt werden. Heute beträgt die durchschnittliche Grundsicherung 688 Euro. Künftig darf solch ein Rentner also mit ca. 700 Euro rechnen. Da es auch teurere Städte wie München mit höherer Grundsicherung gibt, ist die Lebensleistungsrente bei max. 850 Euro gedeckelt. Im Gegensatz zum ursprünglichen Plan der Bundesministerin erfolgt die Finanzierung nicht auf Kosten der Rentenversicherung, sondern aus Steuermitteln.

Folgende Bedingungen müssen für die Aufstockung einer Armutsrente erfüllt sein: Erstens mindestens 40 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung und zweitens der Nachweis einer privaten Vorsorge. Um Missbrauch zu verhindern, sollen darüber hinaus sowohl beim Rentner als auch bei seinem Partner die Einkommensverhältnisse genauestens überprüft werden. Die Höhe und Dauer der erforderlichen privaten Vorsorge ist noch nicht entschieden. Das wird eine der Stellschrauben sein, an der gedreht werden kann, um die Anzahl der Bezieher der Lebensleistungsrente auszusteuern und die Kosten im Griff zu behalten. Viele Rentner dürften es aber nicht sein. In Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist nachzulesen, dass nur rund ein knappes Drittel aller Niedrigverdiener mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 889 Euro überhaupt privat für das Alter vorsorgt.

Klar ist weiterhin jetzt schon, dass Frauen im Westen überwiegend leer ausgehen werden, weil sie die erforderlichen 40 Rentenbeitragsjahre nicht nachweisen können. Im Durchschnitt bringen sie es lediglich auf 27 Beitragsjahre. Auch die allseits erhobene Forderung, den älteren Müttern drei Beitragsjahre pro Kind gut zu schreiben, war in der Regierungskoalition nicht konsensfähig. Damit wird endgültig klar, was

Ursula von der Leyen meinte, als Sie – wie eingangs erwähnt - sagte, man habe besonders an die Frauen gedacht.

Entsprechend meldete die ARD-Fachredaktion in ihrer ersten Berichterstattung zum Koalitionsgipfel auch, dass nur ca. 2 % der Geringverdiener in den Genuss der Aufstockung kommen würden. Diese Aussage wurde zwar mit Hinweis auf Dementi vom Bundesarbeitsministerium wieder zurückgezogen, dürfte aber am Ende vielleicht nicht völlig daneben gelegen haben.<sup>iv</sup> Im Spätsommer 2013, wenn pünktlich zur Bundestagswahl die ersten Rentenaufstockungen zu vermelden sind, wird man feststellen können, wie viele es denn nun tatsächlich geworden sind.

Abschließend gilt es für die Zufriedenheit der Finanzbranche mit den Koalitionsbeschlüssen eine Erklärung zu finden. Tatsächlich war in der letzten Zeit die Zahl der Neuabschlüsse für geförderte Rentenverträge um mehr als 50% eingebrochen. Man erwartet jetzt jedoch, dass die Verknüpfung der Lebensleistungsrente mit dem Nachweis einer privaten Vorsorge einen gewissen Anreiz zum Abschluss von privaten Rentenverträgen schafft. Ob die Erwartungen der Banken und Versicherungen tatsächlich erfüllt werden, bleibt abzuwarten. Ein Rentner mit weniger als 688 Euro brutto im Monat wird auch vorher keine großen finanziellen Reserven für zusätzliche Altersvorsorge zur Verfügung gehabt haben. Interessanter für die Finanzbranche dürfte jedoch eine neue Idee zur Verwendung des Betreuungsgeldes sein. Beschlossen wurde auf dem Koalitionsgipfel, dass Eltern das Betreuungsgeld künftig auch in die private Altersvorsorge investieren können und in diesem Fall sogar mit einem zusätzlichen Bonus von 15 Euro gefördert werden.<sup>v</sup>

Das Fazit lautet klar, die Bundesregierung hat für die drängenden Probleme der Altersvorsorge keine Lösung zu bieten. Statt die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher umzubauen, erschöpft sich das Potential dieser Regierung in einen Zuschuss von 10 bis 15 Euro für Bezieher von Armutsrenten.

Die Piratenpartei setzt sich für Lösungen ein, die das Recht auf eine sichere und menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Das schließt auch die älteren Menschen mit ein. Für den kommenden Bundesparteitag der Piratenpartei in Bochum am 24. Und 25. November 2013 gibt es zahlreiche Anträge, die diesen Ansatz zu konkreten Maßnahmen weiterentwickeln.

München, 6.11.2012

Harald Damskis, AG60+ im Landesverband Bayern der Piratenpartei

Dieser Beitrag stellt die persönliche Meinung des Autors dar und ist keine offizielle Stellungnahme der Piratenpartei Deutschlands.

---

i

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Meldungen/lebensleistungsrente.html;jsessionid=2657AD9B2545574E6F105BC47C2E1FF9>

ii <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1380706>

iii <http://www.pnn.de/wirtschaft/695966/>

iv <http://www.tagesschau.de/inland/koalitionsausschuss146.html>

v <http://www.pnn.de/wirtschaft/695966/>